

# Christdemokraten und Rechtsaußen im Handschlag

Nach der Wahl Trumps steht die EU vor großen Herausforderungen. Wie soll die EU darauf reagieren? Im Streitgespräch der SIMEP Zeitung sind sich EVP und PFE einiger als man denken würde.



Eine Reportage von  
Yusuf Dayi  
und Nada Rahal

Eine Brandmauer zwischen Parteien bedeutet, dass bestimmte Parteien oder politische Gruppen strikt jede Zusammenarbeit mit anderen ablehnen. So wird sich klar von extremistischen oder populistischen Positionen abgegrenzt und demokratische Werte verteidigt.

Am Freitag luden wir Pressesprecher und Fraktionsvorsitzende der Fraktionen Europäische Volkspartei (EVP) und der Patrioten für Europa (PFE) zu einer Debatte ein.

Es wurde über den Einfluss der Wiederwahl Donald Trumps auf die europäische Politik gesprochen. Beide Parteien vertreten kontroverse Perspektiven zu dem Einfluss des Populisten auf die transatlantischen Beziehungen.

In der Debatte wurde folgende Streitfrage in den Raum geworfen: Kann die EU etwas ohne die USA bewirken, nun da der neue amerikanische Präsident Donald Trump mit seiner neuen Handels- und Außenpolitik dem langjährigen Verbündeten den Rücken zukehrt?

Die Vertreter der EVP und PFE erklärten beide, dass die EU souveräner werden muss und aktuell in der Wirtschaft sowie in der Verteidigung zu abhängig von den USA ist. Beide Fraktionen wollen die europäische Wirtschaft stärken und unabhängiger von den USA werden. Die Christdemokraten wollen die Zusammenarbeit mit den USA nicht ausschließen und weiter mit ihnen verhandeln. Im Gegensatz dazu, möchte die PFE auf diese Partnerschaft verzichten. Trotzdem sind sie Trump persönlich sehr wohl gesonnen und sagen er sei „ein starker Mann“. Deswegen stellt sich die Frage, wie sie gleichzeitig gut mit Trump zusammenarbeiten und wirtschaftlich unabhängiger von seinem Land werden wollen. Die EVP hält es nur für möglich, ein starkes Wirtschaftsbündnis durch eine Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten als eine europäische „Gemeinschaft“ entstehen zu lassen. Die PFE preist die Souveränität

der einzelnen europäischen Länder an.

In der Sicherheitspolitik sind sich EVP und PFE darüber einig, in die Verteidigungspolitik zu investieren und sie zu stärken. Vor dem Hintergrund der „America-First“-Politik sagen beide, dass man den USA in manchen Bereichen nicht mehr vertrauen sollte. Als Reaktion plädiert die EVP für mehr europäischen Zusammenhalt, wohingegen die Rechtsaußen-Fraktion die Zukunft in einem Europa „starker souveräner Staaten“ sieht. Am besten wird das in ihrer Verteidigungspolitik illustriert. Die EVP will eine gemeinsame Europäische Armee. Wohingegen die PFE möchte, dass jedes Land eine nationale Armee hat, und diese verstärkt für die innere Sicherheit sorgt.

Das bedeutet laut der EVP nicht, dass die USA ausgegrenzt werden soll. Zum Beispiel in Bezug auf die Klimapolitik ist sie der Ansicht, dass die EU und USA weiter zusammenarbeiten sollen.

Die Pressesprecher der PFE stimmen

in Teilen zu. „Europa muss souveräner werden! Wir dürfen nicht im Schatten der Supermächte stehen, sondern sollten unsere Stärke als Wirtschaftszentrum nutzen.“ Der Fraktionssprecher der EVP betont, dass die EU als „Gemeinschaft“ stärker werden muss durch eine sogenannte „Verteidigungsarmee“, um unabhängiger zu werden.

Dies zeigt sich auch in Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Die EVP spricht sich klar für eine weitere Unterstützung der Ukraine beim Kampf gegen Russland aus. Anders die PFE, die die Verantwortung für den Krieg auch in der Ausbreitung der NATO sehen. Sie wollen maximal in bestimmten Fällen humanitäre Unterstützung ermöglichen.

Trotz unterschiedlicher Ansichten über die Souveränität einzelner Staaten, Waffenlieferungen und die Rolle der NATO in der Sicherheitspolitik herrscht bei den Gesprächspartnern ein gemeinsames Ziel: die Stärkung der europäischen Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit. Dabei wird betont, dass eine geeinte

EU notwendig ist, um sich geopolitisch zu behaupten.

In der gestrigen Pressekonferenz wurde der Fortbestand der Brandmauer von der EVP-Fraktion stark betont: „Die Brandmauer ist für uns ein klares Ja, eine klar gesetzte Linie, die wir auch nicht überschreiten wollen“. Ganz anders sah es dann bei den Ausschusssitzungen aus. In zahlreichen Fällen wurde uns von einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten berichtet. Im Internet kursieren Bilder von einem Handschlag, der nach dem berichtigten Streitgespräch entstand. Von diesen Bildern will die EVP nichts gewusst haben.

Die PFE kritisiert die klare Grenzziehung nach rechts als undemokratisch. Da sie demokratisch gewählt seien, sollten sie auch an den Verhandlungen im Europäischen Parlament beteiligt werden, so die Fraktionsvertreter empört. Angesichts der thematischen Übereinstimmung bei einigen Positionen kann das nicht ausgeschlossen werden. Fraglich ist, ob solch komplexe Themen wie die Sicherheit der EU und ihre Beziehung zum transatlantischen Partner in zwei Tagen ausdiskutiert werden können. Die Fraktionen hätten mehr Zeit gebraucht, um die eigenen Positionen und die Umsetzung ihrer politischen Pläne zu entwickeln.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die EU ihre Einigkeit in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik unter Beweis stellen muss. Wenn die USA unter Trump ihren Fokus auf andere Weltregionen richten, kommt der EU bei internationalen Krisen eine immer größere Rolle zu. Streitigkeiten innerhalb der EU verhindern, dass die politischen Pläne umgesetzt werden. Ohne eine interne Einigkeit wird das durch die Wahl Trumps entstehende Machtvakuum durch andere Akteure ausgefüllt. Wenn keine gemeinsamen Positionen gefunden werden, besteht die Gefahr des Scheiterns der Europäischen Union.



Rechts vereint ?